

## Deutschland/ Elektromobilität

### Bitte warten- Deutschland auf der Standspur

Die Debatte über Elektroautos kommt gerade richtig in Schwung. Da wird schon um Subventionen gerungen und über Weltmarktführerschaft diskutiert, gleich so, als stünde die flächendeckende Einführung des Elektroautos kurz bevor. Doch bis es soweit ist, bedarf es noch eines langen Atems und vor allem hoher Investitionen. Technisch machbar und teilweise im Testbetrieb durch Pilotprojekte sind diese Autos schon heute. Die entscheidende Frage ist aber die nach der Bezahlbarkeit und ob der Kunde zudem bereit ist, Beschränkungen durch eine erheblich geringere Reichweite in Kauf zu nehmen, sozusagen Less-for-More. Politiker und Kunden müssten mobilisiert werden, denn ohne Elektroauto keine Infrastruktur, und umgekehrt. Es steht tatsächlich viel auf dem Spiel- es droht der Abstieg der deutschen Automobilindustrie in die zweite Liga, denn andere Länder wie die USA, Japan oder Frankreich sind in der Technologie viel weiter. Der Autogipfel bei der Kanzlerin soll über die Frage beraten, ob die Industrie dabei auf Subventionen von der Regierung hoffen darf.

*Süddeutsche Zeitung, 02. Mai 2010, Nr. 99, Seite 28, 29*

---

## Europa/ Rohstoffpolitik

### Der Nachschub an seltenen Metallen für Schlüsselindustrien ist in Gefahr

Langsam aber sicher wird sich die europäische Industrie ihrer Achillesferse bewusst: Für die Produktion diverser Produkte aus Schlüsseltechnologien werden Rohstoffe wie etwa Nickel oder Germanium benötigt, diese kommen auf der Erde allerdings nur in geringen Mengen vor. Strategisch gesehen befindet sich Europa diesbezüglich in einer schlechten Rolle, denn die meisten Vorkommen beheimaten Kontinente wie Afrika und Südamerika oder Staaten wie China, so dass man ganz überwiegend auf Importe angewiesen ist. Die Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe (BGR) spricht denn auch von einem stark unterentwickelten Problembewusstsein der Unternehmen und einem erhöhten Versorgungsrisiko. Aber auch die Politik hatte das Thema zu spät auf ihre Agenda gesetzt wie Kanzlerin Merkel einräumte: „Wo auch immer wir hinkommen auf der Welt- oft waren Politiker anderer Länder schon da, die sich die Rohstoffe auf Jahre heraus gesichert haben“.

Mögliche Strategien zur Problembewältigung reichen vom Wiedereinstieg hiesiger Unternehmen in die Rohstoffmärkte mittels Beteiligungen, bis zur Förderung der Ressourceneffizienz, was z.B. bedeuten würde, sich den Luxus des Abtransports von Tonnen Elektroschrott ins Ausland nicht mehr zu leisten.

*Süddeutsche Zeitung, 02. Mai 2010, Nr. 99, Seite 29*

*Handelsblatt, 04. Mai.2010, Nr.85, S.12*

---

**International/ Umweltpolitik**

**Umweltminister kommen sich bei Klimaschutzkonferenz auf dem Petersberg näher**

Der „Petersberger Klimadialog“ hat wieder Bewegung in die internationale Klimapolitik gebracht. Teilnehmer loben die entspannte und konstruktive Atmosphäre des Treffens in der Nähe von Bonn. Fortschritte gab es in Fragen wie dem Schutz des Waldes und der Tropen, beim Transfer klimafreundlicher Technologien in Entwicklungsländer sowie einer weltweiten Weiterentwicklung des Emissionsrechtehandels. Das Treffen werde dazu beitragen, den nächsten Klimagipfel der Vereinten Nationen erfolgreicher zu gestalten. Umweltminister Röttgen machte deutlich, dass die Europäer nicht vorhätten, hinter den ambitionierten Zielen von Kyoto zurückzubleiben. Allerdings müssten die beiden größten CO<sup>2</sup>Produzenten USA und China mit in die Pflicht genommen werden.

*Frankfurter Rundschau, 05. Mai 2010, Nr. 103, Seite 7*

---

**Europa/ Griechenland**

**Das Spar-Diktat**

Im Kampf um eine stabile europäische Währung haben die westlichen Staaten den Griechen ein außerordentlich strenges Sparprogramm verordnet. So streng, dass Wirtschaftswissenschaftler bereits Zweifel an der Umsetzbarkeit der Maßnahmen laut werden lassen. Der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Dennis Snower, warnt sogar davor, die Griechen auf diesem Wege in eine Rezession oder gar Depression zu treiben. Rund 13 Prozent des BIP sollen die Griechen einsparen, was von der dortigen Regierung bereits in einem Sanierungskonzept gebilligt wurde. Das griechische Volk sieht gar seine ganze Kultur gefährdet, betrachtet sein bisheriges Konsumverhalten, seine Arbeitsauffassung und Lebensart bereits als Geschichte. Nach der finanziellen kommt nun also die soziale Krise in Griechenland.

*Handelsblatt, 05. Mai 2010, Nr. 85, Seite 1*

---

**Deutschland/ Familienpolitik**

**Krippen-Plätze im Westen besonders knapp**

Das Ziel der damaligen Familienministerin, Ursula von der Leyen, bis 2013 für ein Drittel der unter dreijährigen Kinder einen Krippenplatz anbieten zu können, ist bis heute erst zur Hälfte realisiert. In den alten Bundesländern kann derzeit sogar nur jedem siebten Kind ein Betreuungsplatz gestellt werden, hier reichen die Quoten von rund 11 bis 22 %. Im Osten hingegen könne sich jedes zweite Kind eines Betreuungsplatzes sicher sein. Grund für den schleppenden Fortschritt dürfte die arge Finanznot der Länder und Kommunen sein. Die Finanzkrise und Steuerenkungen haben diese in arge Bedrängnis gebracht.

*Handelsblatt, 05. Mai 2010, Nr. 85, Seite 14*

**Steuerschätzer:**

**Bis 2013 rund 40 Milliarden Euro weniger Einnahmen als erwartet.**

Die Steueränderungen der letzten zwölf Monate verursachen vier Fünftel des Ausfalls, darunter das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und das Bürgerentlastungsgesetz. Diese Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzung teilte das Bundesfinanzministerium am Donnerstag mit. Seine Zahlen sind die Grundlage für den Haushaltsentwurf und die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung. Auch die Länder orientieren sich daran. Für dieses Jahr sagen die Schätzer ein Steueraufkommen von 510,3 Milliarden Euro voraus. Es wäre das vierthöchste in der bundesdeutschen Geschichte. Bis zum Jahr 2014 sollen die Steuereinnahmen auf 561,3 Milliarden Euro jährlich steigen. Bund, Länder und Gemeinden müssen bis zum Jahr 2013 mit rund 40 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen auskommen, als sie bisher dachten. Finanzminister Schäuble (CDU) mahnte als Konsequenz aus der Steuerschätzung einen entschlossenen Sparkurs an. In den nächsten Jahren müsse es entschiedene Konsolidierungsschritte geben, sagte er. Zwar würden die Steuereinnahmen vom nächsten Jahr an wieder steigen, aber erst 2013 wieder das Niveau von 2008 erreichen. Zu den von der Koalition geplanten Steuersenkungen sagte Schäuble nur: „Der Koalitionsvertrag gilt.“ Union und FDP müssten jetzt auf Grundlage der aktuellen Zahlen über politische Prioritäten entscheiden. Dies sei nicht allein Sache des Bundesfinanzministers. Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP eine Steuerreform verabredet. Die Liberalen beharren auf einer weiteren Entlastung der Steuerzahler um 16 Milliarden Euro. Schäuble sprach nur von der Möglichkeit, das Steuerrecht zu vereinfachen. Wie der Finanzminister berichtete, ändert die Steuerschätzung nichts an der erwarteten Neuverschuldung Deutschlands. Für dieses Jahr sei mit einer Defizitquote von mehr als fünf Prozent zu rechnen. Die in der EU erlaubte Grenze liegt bei drei Prozent. Das strukturelle, also um konjunkturelle Effekte bereinigte Defizit des Bundes wird nach Schäubles Worten dieses Jahr „irgendwo zwischen 60 und 70 Milliarden Euro“ liegen. Es ist bis zum Jahr 2016 in gleichmäßigen Schritten unter 10 Milliarden Euro zu senken. Der Schätzerkreis kommt zwei Mal im Jahr zusammen. Im Mai legt er jeweils seine große Prognose über fünf Jahre vor, im November eine kleine für das laufende und das folgende Jahr.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung 06. Mai 2010, Nr. 105, S. 1,2*

## Politik

### **Die Rentenreform ist der schwierigste Teil des Athener Sparprogramms**

Die eigentliche Bewährungsprobe steht der griechischen Regierung wohl in der zweiten Jahreshälfte bevor. Dann muss sie nämlich - wie mit EU und IWF abgesprochen - die Rentenreform durch das Parlament bringen. Kaum ein Stein des alten Systems wird danach noch auf dem anderen stehen. Die Zahl der zum Erwerb einer Rentenberechtigung erforderlichen Berufsjahre sollte auf 40 sowie das Eintrittsalter auf 65 Jahre erhöht und die Berechnungsgrundlage für die Höhe der Rente von 80 auf 60 Prozent des letzten Lohnes verringert werden. Zudem war die Zusammenführung der vielen Dutzend Rentenkassen in acht große Fonds geplant. Der Nationalbankgouverneur prophezeite, das alte System gefährde die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft, und die Regierung warnte, wenn nichts geschähe, werde das Rentensystem im Jahr 2010 zusammenbrechen. Schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters ab 2020. Simitis' Nachfolger Georgios Papandreou muss noch schärfere Maßnahmen einführen als 2001 geplant. Bis Juni muss die Regierung ein gesetzliches Renteneintrittsalter von zunächst 65 Jahren für Männer beschließen, das ab 2013 auch für Frauen im Staatsdienst gelten wird. Nachdem eine Vorgabe des auf Druck des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank sowie der EU-Kommission entwickelten Reformprogramms durchgesickert war, berichteten griechische Medien jedoch, ein weiterer Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre sei möglich. Diese Befürchtung bezog sich auf die im Reformprogramm enthaltene Formulierung, die Regierung habe „einen automatischen Anpassungsmechanismus“ zu beschließen, der das Renteneintrittsalter an Zuwächse der Lebenserwartung knüpft. Ab 2020 soll das Renteneintrittsalter alle drei Jahre erhöht werden, sofern die Lebenserwartung wie erwartet steigt. Um weitere Kosten zu senken, wird die Berechnungsgrundlage für die Höhe der Rente außerdem nicht mehr nur die letzten fünf Arbeitsjahre betreffen, sondern den Durchschnitt aller Arbeitsjahre. Frühverrentungen sollen erschwert, die entsprechenden Bezüge gekürzt werden. Die Liste der zur Frühpensionierung berechtigenden schweren und gesundheitsschädlichen Berufe, die vollkommen veraltet ist und absurde Ausnahmeregelungen enthält, muss überarbeitet werden. Die Höchstgrenzen für Renten werden reduziert, wodurch innerhalb eines Jahres Einsparungen von einer halben Milliarde Euro erwartet werden. Ausdrücklich bleibt aber eine Mindestrente für sozial Schwache garantiert „um die anfälligsten Gruppen zu schützen“, wie es in den Reformvereinbarungen heißt. Die Bezieher von Invaliditätsrenten, mit denen es offenbar auch Handel gegeben hat, werden hingegen ab Dezember 2011 ihre Berechtigung zum Bezug der Zahlungen regelmäßig nachweisen müssen. Schon ab März 2011 werden die Bedingungen zur Gewährung solcher Renten strenger ausgelegt. Außerdem wird für alle Rentner die jährliche 13. und 14. Monatsrente abgeschafft. Schließlich soll es spätestens ab 2018 nur noch drei Rentenkassen geben. All diese Maßnahmen entstehen in Zusammenarbeit mit Fachleuten des IWF und der europäischen Institutionen und sollen im September vom Parlament angenommen werden.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung 06. Mai 2010, Nr. 105, S. 6*

10. Mai 2010

## Klima

### Sichere und bezahlbare erneuerbare Stromversorgung bis 2050

„Deutschland kann im Jahr 2050 zu hundert Prozent klimaschonend mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden.“ Das erklärte der Vorsitzende des SRU, Prof. Dr. Martin Faulstich, heute im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages. Dort präsentierte der SRU seine Szenarien für eine regenerative Stromversorgung in Deutschland. Prof. Faulstich forderte: „Die Bundesregierung muss jetzt die Weichen für den Umbau des Energiesystems stellen.“ Der Energieexperte des Rates, Prof. Dr. Olav Hohmeyer, betonte: „Für die Übergangszeit sind weder Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke noch neue Kohlekraftwerke erforderlich. Die Brücke zu den erneuerbaren Energien steht bereits“. Mit verschiedenen Szenarien zeigt der SRU, dass eine vollständig erneuerbare Stromversorgung bis 2050 zu wettbewerbsfähigen Kosten möglich ist. Dabei ist Versorgungssicherheit zu jeder Stunde des Jahres gewährleistet. Damit ergibt sich zugleich eine Chance für nachhaltige Innovationen, die den Standort Deutschland auch in diesem Bereich zukunftsfähig machen. Die Szenarien stützen sich auf Modellberechnungen des DLR (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt). Das verwendete REMix-Modell gehört zu den besten und genauesten in Europa und arbeitet mit extrem hoher zeitlicher Auflösung. Das nachhaltig nutzbare Potenzial an erneuerbaren Energien in Europa übersteigt nachweislich den heutigen und auch den zukünftigen Strombedarf um ein Vielfaches. Da das Angebot von Wind- und Sonnenenergie jedoch erheblich schwankt, müssen zur Deckung der Nachfrage Speicher und Netze ausgebaut werden. Die Stromgestehungskosten in einem vollständig auf erneuerbaren Energien beruhenden System sind nach den Berechnungen des SRU wahrscheinlich sogar niedriger als bei einem Mix aus regenerativen und CO<sub>2</sub>-armen konventionellen Energiequellen. Die anstehende Erneuerung des Kraftwerksparks in Deutschland bietet besonders günstige Voraussetzungen dafür, die Stromversorgung in Deutschland auf erneuerbare Energien umzustellen. Der Ausbau von Netzen und Speichern innerhalb Deutschlands und in der EU ist die größte Herausforderung für einen schnellen Übergang zur regenerativen Stromversorgung. Die vom SRU vorgestellten Szenarien sind Teil eines Sondergutachtens zur Zukunft der Stromversorgung, das der SRU im Herbst dieses Jahres veröffentlichen wird. In diesem Sondergutachten werden insbesondere die politischen, rechtlichen und ökonomischen Voraussetzungen für die Transformation des Stromsystems hin zu einer vollständig regenerativen Versorgung ausführlich behandelt.

Energynet.de 10.05.2010 klimamedia, KLIMA-MEDIA.de Pressespiegel & Infoblog

<http://www.energynet.de/2010/05/05/sichere-und-bezahlbare-erneuerbare-stromversorgung-bis-2050/>

10. Mai 2010

## Wissenschaft

### **Auch die Kooperationsinitiative „GeoX“ bündelt zukunftssträchtiges Forschungspotenzial**

Sieben Universitäten, 13 Fachhochschulen, sieben Helmholtz-, acht Fraunhofer- und acht Max-Planck-Institute gibt es in Berlin und Brandenburg – ein geballtes wissenschaftliches Leistungspotenzial, besonders dann, wenn es gelingt, Kräfte zu bündeln. Das geschieht verstärkt seit 2009, wo allein in Potsdam vier bedeutende geo- und biowissenschaftliche Kooperationsinitiativen starteten. Zuletzt wurde seitens der Universität Potsdam der Forschungsverbund „Progress“ mit neun regionalen Institutionen ins Leben gerufen (MAZ berichtete). Ein weiteres Projekt kam im März zustande: Geoforschungszentrum (GFZ), Universität Potsdam, die drei Berliner Unis und das Leibniz-Forschungsmuseum für Naturkunde Berlin gründeten die „Koordinierungsplattform GeoX“ mit Themen, die für die Zukunft der Menschheit von Bedeutung sind. Da geht es unter anderem um Untersuchungen, technische Präventionsmöglichkeiten und Risikoabschätzungen in Zusammenhang mit Erdbeben-, Hochwasser-, Tsunami- und Trockenheitskatastrophen. Vor allem haben die Forscher dabei die weltweite Bevölkerungsentwicklung hin zu etwa neun Milliarden Menschen bis zum Jahre 2050 im Blick, mit zunehmendem Leben in oft besonders gefährdeten Ballungsgebieten. Nicht nur Naturkatastrophen, auch die Verknappung von Energie- und Nahrungsressourcen bei ständig steigendem Verbrauch gehören zum Aufgabenspektrum. Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen die GeoX- Forscher den Klimawandel, und zwar in seiner ganzen Komplexität von atmosphärischen, meeres- und bodentypischen sowie weiteren biologischen Prozessen. Was würde mit unserer modernen, elektronisch geprägten Technik geschehen, wenn infolge der ständigen Abnahme des schützenden Erdmagnetfeldes geladene Sonnenwind-Teilchen bis zur Erdoberfläche vordringen? Die Beantwortung solcher und ähnlicher Fragen „verlangt in vielen Bereichen nach neuen Denk- und Lösungsansätzen in der Wissenschaft“, betonte GFZ- Vorstand Reinhard Hüttl anlässlich der GeoX- Vertragsunterzeichnung. Zu den schon etablierten Kooperationen gehört etwa das von der Universität Potsdam angeregte Forschungsnetzwerk „Pearls“, wo sich 14 Einrichtungen und das Hasso-Plattner-Institut für Softwaresystemtechnik in Sachen Erd- und Lebenswissenschaften „verkabelten“. Für die zügigere Erschließung von Erdwärme- und Erdgasressourcen sowie eine umweltfreundlichere Energieversorgung schlossen sich GFZ, Universität Potsdam, die Brandenburgische Technische Hochschule Cottbus und Energiefirmen für ein Pilotprojekt „GeoEn“ zusammen

*Märkische Allgemeine , 10.05.2010,*

*<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11795060/64289/Auch-die-Kooperationsinitiative-GeoX-buendelt-zukunftstraechtiges-Forschungspotenzial-Plattformen.html>*

11. Mai 2010

## Klima

### Keine Zeit zu warten

#### UN- Report: Die internationale Gemeinschaft schafft es nicht, das Artenstreben zu bremsen

Die Bilanz fällt verheerend aus:

2002 hatten sich 192 Länder und die Eu darauf verpflichtet, bis 2010 den Verlust der Artenvielfalt „global, regional und national“ zu bremsen. Jetzt stellt der dritte Ausblick zur globalen Biodiversität der Vereinten Nationen (UN) fest, dass dieses Ziel in keinem Bereich erreicht wurde. Aufgeteilt wurde das Gesamtziel damals in 21 Unterpunkten. Auch keines dieser Ziele wurde erreicht, geht aus dem gestern veröffentlichten Reporter hervor. Die Wissenschaftler schlagen Alarm: Schon bald wird die Zerstörung mancher Lebensräume so weit fortgeschritten sein, dass die umkehrbar wird. Das treffe dann auch den Menschen. Schließlich stellen die Ökosysteme mit Nahrung und Frischwasser Ressourcen bereit, ohne die die Weltbevölkerung nicht auskommen kann. Zuerst werde der Verlust dieser Ressourcen vor allem die Entwicklungsländer treffen. Das Armuts- Problem werde dadurch weltweit verschärft. Der UN- Reporter fordert daher, schnell zu handeln. Die kommenden zehn Jahre bis 20 Jahre entschieden darüber, ob die Lebensräume noch nach 2100 existieren werden. Geschehe zu wenig, drohte radikale Veränderung der Lebensgrundlagen für Tiere und Menschen. Wie sie dann aussehen sei unklar. Das Risiko, dass die Menschen dann nicht mehr die nötigen Ressourcen finden, die sehr hoch.

Frankfurter Rundschau, 11.05.2010, Nr. 108, S.9

### Ab 2011: Mehr Strom wagen

#### Fahren mit Strom ist fast so alt wie das Auto. Dann kamen Otto und Diesel. Jetzt beginnt womöglich das zweite Leben der Stromer.

Sicher ist: Elektromotoren als Antriebskraft für die Mobilität der Zukunft werden kommen.

Die besten Eigenschaften der Stromfahrzeuge sind auch die besten Argumente für ihre Existenz: Sie erzeugen kaum Motorlärm, fahren am Ort ihrer Mobilität ohne Abgase, halten Fahrspaß bereit, ihrer Energiekosten sind (noch) gering, sie sind nicht direkt abhängig von Mineralölprodukten, und sie sind Hoffnungsträger für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Aber es gibt auch eine Kehrseite der Elektromobile: Eine Infrastruktur für ihre Betriebe existiert nicht, die Batterieladezeit sind so lange wie die Reichweiten kurz sind; ihre Kosten für Kauf und Unterhalt sind nur zu schätzen, sie eignen sich lediglich für die Stadt oder verstärkte Regionen, ihre Transportkapazität ist gering, wie es um die Dauerhaltbarkeit ihres Batterieherzens steht, weiß niemand wirklich genau, und sie sind schwer und drücken die Zuladung. Uns erscheinen die ernsthaften ohnehin nur von den Europäern vorgetragenen, sogenannten Klimaschutzziele mit der angestrebten Verringerung der Kohlendioxidemission die eigentliche Triebfeder dahinter. Wobei das Argument, die deutsche Autoindustrie müsse bei der Elektromobilität eine führende Rolle übernehmen, natürlich zu verstehen ist. Dabei ist die entscheidende Frage: Gibt es diesen quasi naturgesetzlichen Zwang zur Elektrifizierung unserer Mobilität überhaupt? Zwanzig Milliarden Euro sollen eine Schätzung folgend bis zum Jahr 2020 in das Projekt deutsche Elektromobilität fließen. Der Grund für die Forcierung des elektronischen Fahrens ist die Endlichkeit des Erdöls. Deswegen wirkt die Politik so elektrisiert und setzt auf den Strom. Aber man könnte die Strom- Milliarden auch in die Zukunft neuer Kraftstoffe, in die Vergasung von Kohle oder in neue Hybridantriebe stecken, wie sie zum Beispiel von der AiF (Arbeitergemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen) verfolgt werden. Wenn Politik weg will vom Öl und den Kohlendioxidausstoß glaubt verringern zu müssen, dann führt kein Weg an neuen Kraftstoffen vorbei. Nur damit lassen sich rund 500 Milliarden bereits existierender und niemals zur Umrüstung auf E- Antrieb geeigneter Fahrzeuge mit wenigen oder ohne Schadstoffe betreiben. Dass diese jedoch ihre Umweltfreundlichkeit nur dann ausspielen kann, wenn der Strom aus erneuerbaren Energien entsteht, lässt Umweltverbände hart mit den E- Autos in Gericht gehen.

Frankfurter Rundschau, 11.05.2010, Nr. 108, S. T5

---

## Demographie

### Fremde Federn

#### **Für unsere Kinder sparen- nicht an unseren Kindern!**

Welche Mutter, welcher Vater käme in einer existentiellen Notlage auf den Gedanken, als Erstes an den Zukunftschancen der eigenen Kinder zu sparen? Was jeder einzelne von uns für sich selbst und die eigene Familie ausschließen würde, kann auch aus gesellschaftspolitischer Sicht nicht richtig sein. Deshalb steht der Bund auch in schweren Krisenzeiten zu seiner Zusage, in die frühkindliche Bildung zu investieren und bis 2013 vier Milliarden Euro für den Ausbau der Kindertagesbetreuung beizusteuern. Mehr als die Hälfte der Investitionsgelder wurden im Übrigen bereits abgerufen, obwohl noch nicht einmal die Hälfte der Zeit bis 2013 verstrichen ist. Damit schreitet der Ausbau der Kitas, der Kindertagesstätten - entgegen aller Gerüchte, die hier und da gezielt verbreitet werden - schneller voran als geplant. Sparen müssen wir trotzdem, keine Frage. Die aktuelle Lage ist dramatisch. Auf dem Spiel steht die Stabilität unserer gemeinsamen Währung - und damit auch Wohlstand und soziale Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Auf dem Spiel stehen Einheit und Zusammenhalt Europas - und damit auch Deutschlands Einflussmöglichkeiten in der Welt. Der Rettungsschirm für den Euro, den die Finanzminister der Europäischen Union am Montag beschlossen haben, ist deshalb ohne Alternative. Er ist vor allem ein Signal an die Märkte, dass es sich nicht lohnt, den Euro mit spekulativen Attacken anzugreifen. Kaum etwas prägt diese Zukunft mehr als der demographische Wandel. Schon jetzt verliert Deutschland jedes Jahr 250.000 bis 300.000 Arbeitskräfte, weil die geburtenstarken Jahrgänge sukzessive aus dem Erwerbsleben ausscheiden und nicht genug junge Leute nachrücken. Bereits im Jahr 2015 werden dem deutschen Arbeitsmarkt fast drei Millionen Arbeitskräfte fehlen. Angesichts des drohenden Fachkräftemangels können wir es uns schlicht nicht leisten, auf die Arbeitskraft derjenigen zu verzichten, die arbeiten wollen, mangels qualifizierter Kinderbetreuung aber zu Hause bleiben müssen. Wer arbeiten will, soll auch arbeiten können. Das ist im Übrigen Teil jener Wahlfreiheit für Eltern, die Familienpolitiker aller Parteien seit Jahren fordern. Noch viel schwerer als die ökonomischen Folgen wiegen aber die sozialen Folgen falscher haushaltspolitischer Weichenstellungen. Frühkindliche Bildung ist gerade für Kinder aus sozial schwachen Familien die entscheidende Voraussetzung, um der Armut später aus eigener Kraft zu entkommen. Grundlegend und entscheidend für weitergehende Bildungsprozesse sind die ersten Jahre im Leben eines Kindes. Wenn Kinder mit massiven Sprachschwierigkeiten in die Schule kommen und dem Unterricht nicht folgen können, schwinden die Chancen auf einen erfolgreichen Bildungsweg, bevor dieser Weg überhaupt richtig begonnen hat. Deshalb dürfen wir es nicht zulassen, dass gerade in einer für die späteren Bildungschancen grundlegenden Zeit die Kluft zwischen Kindern aus behütetem Elternhaus und Kindern aus sozial schwachen Familien am größten ist. Wo heute faire Start- und Bildungschancen für Kinder aus sozial schwachen Familien gefährdet sind, müssen wir morgen viel Geld in die Hand nehmen, um junge Menschen ohne Perspektiven dauerhaft zu alimentieren. Im Klartext: Hier gibt es nichts zu sparen. Was wir beim Ausbau der Kinderbetreuung kurzfristig sparen könnten, werden wir in den kommenden Jahren und Jahrzehnten doppelt und dreifach an Sozialtransfers wieder ausgeben. Deshalb bin ich nicht bereit, ausgerechnet beim Ausbau der Kinderbetreuung und damit bei der frühkindlichen Bildung den Rotstift anzusetzen. Bei allem Verständnis für die finanziellen Nöte der Länder und Kommunen: Eine Gesellschaft, in der jedes Kind eine faire Chance haben soll, trägt gemeinsam Verantwortung für diese Kinder. Die Kinder dürfen nicht die Leidtragenden dieser Krise sein! Deshalb bleibt der Rechtsanspruch auf einen Kita- Platz bestehen.

## Natur und Wissenschaft

### Saubere Wege zum Brennstoff der Zukunft

#### Elektrolyse oder künstliche Photosynthese- gesucht sind effiziente Katalysatoren für die Spaltung von Wasser.

Die Gewinnung von „sauberen Energie“ ist längst den Kinderschuhen entwachsen, aber noch sind nicht alle damit verbundenen elementaren Fragen befriedigend beantwortet. Derzeit bemühen sich Wissenschaftler unter anderem darum, die natürliche Photosynthese nachzubilden, womit sich aus Sonnenstrahlung auf elegantem Wege speicherbare Energie gewinnen ließe. Andere Forscher haben gerade der Nutzung von Wasserstoff einen neuen Weg geebnet, indem sie ein günstigen Metall-Katalysator entwickelten, der die Herstellung von Wasserstoff in vieler Hinsicht erleichtert. Wasserstoff, der unbegrenzt verfügbar ist und umweltschonend zu Wasserdampf verbrennt, gilt für viele als der Energieträger der Zukunft. Das benötigte Material kostet nur ein Bruchteil des Preises von Platin, benötigt keine organischen Zusätze und kann sowohl Salzwasser als auch Süßwasser verwerten. Chemiker wollen nun prüfen, ob sich der Molybdän- Oxo- Komplex auch für die Spaltung von Wasser mit Sonnenlicht eignet. Forschern ist es gelungen einen Teil der Reaktionskette der Photosynthese erfolgreich in einem System ohne natürliche Zellen nachzuahmen. Die künstliche Photosynthese lief nur halb so effektiv ab wie ihr natürliches Vorbild. Deutlich schlechter schnitt die Kohlenhydrat- Synthese ohne Schaumnester ab. Die Ergebnisse könnten auch dazu dienen, künstliche Katalysatoren nach dem natürlichen Vorbild zu entwickeln, die Wasser effizienter in Wasserstoff und Sauerstoff spalten. Damit ließe sich der flüchtige Energieträger womöglich umweltschonender gewinnen als bisher.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 109 S.N2*

## Klimawandel

### Wie der Himmel ein Loch bekam

**Im Oktober 2008 hatte das Ozonloch über dem Südpol einen Ausdehnung von 7 Millionen Quadratkilometern. Trotz der bisherigen Schutzmaßnahmen wird es sich wohl frühestens im Jahr 2050 geschlossen haben.**

Ozonloch? Blödsinn! Jonathan Shanklin, ein junger Physiker am britischen Polarforschungszentrum in Cambridge, glaubte nicht an die Horrorszenerien, die Englands Zeitungen Anfang der 1980er Jahre ausmalten. Doch die Diagramme bewirkten das Gegenteil - und zwar bei Shanklin selbst: Ein gründlicher Blick auf die Daten und einige angeregte Diskussionen brachten den Forscher ins Grübeln. Zwei Jahre später, am 16. Mai 1985, veröffentlichte er zusammen mit Kollegen einen bahnbrechenden Aufsatz im Fachblatt *Nature*. Darin belegten die Forscher, dass es bei der Ozonschicht tatsächlich ein ernstes Problem gab. Ohne es zu wollen hatte Shanklin das Ozonloch entdeckt. Angst und Schrecken in der Bevölkerung waren die Folge, aber auch ein Bewusstseinswandel: In kurzer Zeit wurden Shanklins Erkenntnisse zum Symbol für die Zerstörung der Erde durch den Menschen - und zum Ausgangspunkt der bislang größten und erfolgreichsten Rettungsaktion. Dass die Ozonschicht in Gefahr sein könnte, hatten die - später mit dem Nobelpreis geehrten - Chemiker Mario Molina und Sherwood Rowland bereits zehn Jahre zuvor prognostiziert. Damals fragte sich Molina beim Rasieren, so die Legende, wie sich das Treibgas seiner Rasierschaumdose auf die Umwelt auswirken könnte. Die Achse der Ozonmesswerte ließ er (anstatt wie üblich bei null) bei 170 Einheiten beginnen, die Achse der FCKW-Daten drehte er und streckte sie so lange, bis Ozon- und Chlormessungen scheinbar perfekt übereinander lagen. "Ich war etwas überrascht, dass wir damit bei der Veröffentlichung durchgekommen sind", sagt Shanklin heute. Das so produzierte Bild schockierte die Fachwelt. "Beim Klimawandel sieht das heute anders aus", sagt Jonathan Shanklin. "Die Menschen haben das Gefühl, die Zivilisation geht zugrunde, wenn sie nicht auf Autos verzichten und ihr Leben radikal umstellen. Kein Wunder, dass Irritationen und Widerstände groß sind." Doch auch aus einem anderen Grund ist die Ozonschicht - trotz Alternativen zum FCKW, trotz Montreal, trotz eindeutiger Beweise - noch nicht gerettet. In den vergangenen Jahren haben Atmosphärenforscher einen neuen Widersacher des irdischen Sonnenschutzes ausgemacht: Lachgas. Der farblose Stoff setzt in der Stratosphäre unweigerlich eine Kettenreaktion in Gang, die zum raschen Abbau von Ozon führt. Und er tritt immer öfter in Aktion: Zum wichtigsten Erzeuger von Lachgas hat sich in jüngster Zeit die industrielle Landwirtschaft mit ihren Verbrennungs- und Kläranlagen, vor allem aber mit ihrem extrem hohen Einsatz von stickstoffhaltigen Düngern entwickelt. Für die bislang einmalige Erfolgsgeschichte vom Schutz der Ozonschicht könnte das zum Problem werden: Verglichen mit Spraydosen und Kühlmitteln ist die Landwirtschaft ein ungleich härterer Brocken. Sie lässt sich nicht so kostengünstig umstellen oder einfach verbieten.

*Süddeutsche Zeitung, 14.05.2010, Nr. 109 S. 16*

### Das Schweigen der Leguane

#### Reptilien überleben ihre Feinde, aber nicht den Klimawandel

Alleine auf den Bahamas- Insel, das ist für viele Menschen der Traum Vom Urlaub, Ryan Calsbeck und Robert Cox hatten im Sommer 2009 sogar fünf solcher Eilande für sich - doch dort hatten sie vor allem viel Arbeit: Sie mussten Netze spannen, Schlangen aussetzen, Vögel fotografieren, Leguane zählen und immer wieder nach dem Rechten sehen. Die beiden Biologen vom Dartmouth College in New Hampshire haben auf den Bahamas die Mechanismen der Evolution in einem großen Experiment nachvollzogen. Nun wissen sie, dass mindestens auf Inseln Artgenossen ärgere Gegner sein können als Fressfeinde. 1703 Leguane der Art Bahamas-Anolis hatten die Biologen jeweils im Mai 2008 und 2009 auf den Inseln ausgesetzt, darunter 553 Männchen. Diese stammten von der Nachbarinsel Great Exuma; Calsbeck und Cox hatten sie dort gefangen, vermessen und markiert. Als die Forscher die Leguane im September wieder einsammelten, fanden sie noch 615 Anolis vor, davon 185 Männchen. Mit der Zahl der Fressfeinde hatten die Überlebens-Chancen wie erwartet abgenommen. Trotzdem waren nicht unbedingt die kräftigsten Tiere im Vorteil. Die mittlere Größe der eingefangenen Männchen, ihre Ausdauer und Beinlänge unterschieden sich nicht von den Werten der vier Monate zuvor ausgesetzten Tiere. Die Bedrohung durch Fressfeinde hatte also bei der Fortpflanzung der Leguane keinen Selektionsdruck im Sinne von Darwins Theorie ausgelöst: Stattliche wie mickrige Leguane hatten gleiche Chancen, Nachwuchs zu zeugen. Die Nachkommen der Überlebenden hatten sich im Durchschnitt auch nicht besser vor den Angreifern verstecken können als die Generation ihrer Eltern. Als die Biologen im Internet nach Resultaten anderer Forscher suchten, schickten Kollegen aus Australien, Chile, Finnland, Frankreich und weiteren Ländern Daten. Daraus konstruierte Sinervo ein Computermodell, das hochgerechnet, wie der Verlust an Lebensraum der Leguane trifft. Geht der Ausstoß von Treibhausgasen unvermindert weiter, ergab die Simulation, könnte 2080 jede fünfte dieser Reptilien- Spezies ausgestorben sein. Das Verschwinden lokaler Populationen hatte das Modell schon korrekt vorhergesagt. Der Rückgang geht besonders zu Lasten der lebendgebärenden Leguane, weil sie empfindlicher auf die Erwärmung reagieren als eierlegende Spezies.

*Süddeutsche Zeitung, 14.05.2010, Nr. 109 S. 16*

## Bildung

**Herr Lehrer, ich hab´ mal´ ne Frage**

**Was passiert, wenn eine Schule zum neunjährigen Gymnasium zurückkehrt? G8 oder G9? Die Entscheidung fällt schwer- Kooperativen Gesamtschulen ist es freigestellt, welches Modell sie künftig anbieten wollen.**

Sie ist umstritten wie keine andere Schulreform der vergangenen Jahre: die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit von neun auf acht Jahre. Knapp einen Monat nach dem Start der Kampagne „G8- so nicht“ haben Landeselternbeirat und Landesschülervertretung für ihre Petition bereits mehr al 10 000 Unterschriften gesammelt. Die Aktion läuft noch bis zum 1. Juni. Doch in Frankfurt hat die erste Schule bereits die Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren beschlossen. Der Landeselternbeirat sammelt seit 15. April Unterschriften. In der Petition wird die Rückkehr zu G9 gefordert- genauer die Rückkehr zur sechsjährigen Mittelstufe, die nun nur noch fünf Jahre lang ist. Der Landeselternbeirat und die Landesschülervertretung von Hessen stellen fest, dass sich die Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges in der Sekundarstufe 1 unter G8 nicht bewährt hat.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.05.2010, Nr. 109 S.18*

## Klima

### Unheilbare Ölsucht

Die Ölbohrinsel Deepwater Horizont galt als technisches Wunderwerk. Ausbalanciert durch einen Computer, schwebte sie punktegenau im Ozean, um ihren Bohrer eineinhalb Kilometer ins Wasser zu senken und weitere 8000 Meter ins Gestein zu treiben- gleich einem gigantischen, stählern Moskito. Nun liegt sie zerbrochen auf dem Meeresgrund. Die Menschheit, süchtig nach Kohlenstoffen, saugt mit hohem Aufwand und Risiko die Erde aus. Doch die Droge wird knapp. Derzeit liegt die Förderung bei rund 86 Millionen Fass (je 159 Liter) Öl pro Tag. Das wird aber nicht ausreichen, um den Mobilitätshunger der Welt zu decken. Alleine in China verbrauchen 2010 vermutlich mehr als neun Millionen Fass pro Tag. 2008 waren es noch nicht einmal acht. Bis 2020 benötigt die Weltwirtschaft mehr als 100 Millionen Fass pro Tag, um wie gewohnt expandieren zu können: Dieser Wert gilt unter den meisten Experten als nicht mehr erreichbar. Sogar unter dem unmittelbaren Eindruck der Ölkatastrophe ist die Angst vor hohen Benzinpreisen übermächtig: Knapp 60% der US-Bürger unterstützen laut jüngsten Meinungsumfragen zusätzliche Offshore- Bohrungen. Das zwanghafte Verhalten von Süchtigen übertrumpft noch jedes Verantwortungsbewusstsein.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.05.2010 Nr114*

## Klima

### Flucht vor dem Weltuntergang

Asteroideneinschläge, Sonnenstürmen, Vulkanausbrüche und viele Katastrophen mehr: Im Jahr 2012 soll die Welt untergehen. Das deuten zumindest so manche Experten aus den Kalendern der Maya. Auch die Hopi Indianer und der sagenumwobene Nostradamus sollen das vorhergesehen, haben von der Bibel ganz zu schweigen. Die Welt wird also vernichtet. Was sollen wir da nur tun? Die klugen Erdenbürger haben gleich zwei Lösungen parat: Ein kalifornischer Unternehmer will einen riesigen unterirdischen Bunker bauen, in dem 4000 Menschen das Endzeitdesaster komfortable überstehen können. Zehn Millionen Dollar soll der Komplex kosten und mit eigener Energieversorgung, autarkem Wasserkreislauf, medizinischer Versorgung und Lebensmittelvorräten für ein Jahr. Für nur 4000 Menschen? Und dann in einen , dunklen stickigen Bunker? Klingt nicht gerade verlockend. Und das reicht wohl kaum aus, um die ängstliche Bevölkerung zu beruhigen. Wer wird wohl unter den glücklichen Bunkerbewohnern sein? Und was ist, wenn die Erde 2013 immer nicht zerstört sein wird. Wohin dann? Eine christliche Sekte hat daher einen anderen Katastrophenplan: Sie hat in Australien massenweise Waffen, Munition und Sprengstoff gehortet. Die Polizei durchsucht zwölf Häuser und der Umgebung von Adelaide und fand zudem Dutzenden Kartons vor. Die Sektenmitglieder planten einen Umzug auf eine Pazifische Insel. Das klingt dich wenigstens schon besser. Wenn schon vor dem Weltuntergang flüchten, dann wenigstens an einen schönen Ort. Doch mit all den Waffen wird es wohl kaum sicherer sein, als im Zentrum des Weltuntergangs.

*Frankfurter Neue Presse 21.05.2010 Nr.116 s.1*

---

## Wirtschaft

### Brüderle lenkt bei Pflege- Mindestlohn ein

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle hat seinen Widerstand gegen einen flächendeckenden Mindestlohn in der Pflegebranche aufgeben. Entgegen seiner Forderung wird die gesetzliche Lohnuntergrenze für die gesetzliche Lohnuntergrenze für die eine Befristung bis 2014 gegeben. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will den Lohn nun möglichst zum 1. Juli oder spätestens zum 1. August in ganz Deutschland für verbindlich erklären. Für Pflegehilfskräfte gilt dann die von der Pflege- Kommission empfohlene Lohnsteuergrenze von 7.50 Euro in ostdeutschen und 8.50 Euro in westdeutschen Ländern. Dieser Mindestlohn steigt zum um je 25 Cent zum 1. Januar 2012 und 1. Juli 2013. er Pflege Mindestlohn basiert andres al andere Ministerlöhne nicht af einem Antrag der Tarifpartner, sondern auf einer Kommissionsempfehlung. Der Gesetzgeber hat durch die Kommissionslösung den Besonderheiten der Branchen Rechnungen getragen, die stark von kirchlicher Anbieterin geprägt ist, die in der Lohnfindung einen Sonderweg verfolgen. Die Lohnempfehlung kann von der Arbeitsministerin nur als Ganzes übernommen oder abgelehnt.

*Frankfurter Allgemein Zeitung, 21.05.2010, Nr.116, s.11*

---

## **Klimawandel**

### **Eidechsen wird es zu heiß**

Die Erdwärmung droht in den nächsten 80 Jahren jede fünfte Eidechsenart auszurotten. Das berichtete ein internationales Forscherteam im Us- Fachjournal „Science“. Die Wissenschaftler um den Biologen Barry Sinervo von der Universität Kalifornien in Santa Cruz hatten weltweit die der steigenden Temperaturen auf die Eidechsenarten bereits verschwunden. Die Auslöschung ist eine Folge des Klimawandels erklärte Sinervo. 20 Prozent der Arten werden bis 2080 verschwunden sei, wenn wir die Kohlendioxid- Produktion nicht begrenzen, die für die globale Erwärmung verantwortlich ist. Das verschwinden der Auswirkung wird Auswirkung auf das verschwinden der Tierwelt haben, sagte Sinervo weiter. Für viele Tiere wie Vögel und schlangen seien die Eidechsen wichtiges Beutegut, und sie selbst seien wichtig als Jäger von Insekten. Grund für die Probleme der Eidechse sei vor allem, dass sie sich nicht an die rasche Erwärmung anpassen könnten. „Die Eidechsen müssen sich in der sonne erwärmen, aber wenn es der Sonne wird, müssen sie sich in den Schatten zurückziehen und können dann nicht auf die Jagd gehen,“ Berichtet der Forscher wieder. Auf der mexikanischen Halbinsel Yucatan etwa hätten die Forscher herausgefunden, dass die Zahl de Stunden wesentlich geschrumpft sei, in denen die Tiere auf Futtersuche gehen können.

*Frankfurter Neue Presse 21.05.2010, Nr.116 S. 5*

---

## Wirtschaft

### **Arbeitsagentur will 20 000 Stellen einsparen Bis 2014 ein Sechstel weniger Mitarbeiter / Befristete Verträge laufen aus.**

Deutschlands größte Behörde, die Bundesagentur für Arbeit (BA), will sich von mehr als jedem sechsten Mitarbeiter trennen. Die BA plant, die Beschäftigungszahl in den kommenden vier Jahren um etwa 20 000 auf rund 90 000 zu senken, sagte eine Sprecherin am Freitag. Betriebsbedingte Kündigungen seien dafür nicht vorhergesehen. Vor allem sollen befristete Arbeitsverträge, die in Jahren 2012 und 2013 auslaufen, nicht verlängert werden. Außerdem will die Behörde einige frei werdende Stellen nicht mehr besetzen. So seien zum Beispiel wegen der hohen Nachfrage nach Kurzarbeit zusätzliche Sachbearbeiter eingestellt worden, um die Leistungen zu berechnen. Mit rückläufigen Kurzarbeiten sinke auch der Mehraufwand. Brigitte Pothmer, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen, fordert Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) auf, für die Aufhebung der Befristung von 3200 Stellen in den Jobcentern zu kämpfen. „Ohne diese gut ausgebildeten Arbeitsmarktpromis wird sich das Gebot der Beratung, Betreuung und Vermittlung vor Ort für die Arbeitssuchenden eklatant verschlechtern“, sagte sie.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.05.2010, Nr.117, S.11*

---

## Wirtschaft

### Streit übers Klimagift

### Deutsche Wirtschaft läuft Sturm gegen EU- Verstoß, 30 statt 20 Prozent Co2 einzusparen

Die deutsche Wirtschaft wehrt sich vehement gegen neue EU- Kommission, den Klimaschutz in Europa stärker voranzutreiben beiden einflussreichsten Industrieverbände lehnen das Vorhaben klar ab, bis zum Jahr 2020 einseitige rund 30% statt bislang 20 % Kohlendioxid einsparen zu müssen. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Werner Schnappauf, sagte der Frankfurter Rundschau: "Die deutsche Industrie engagiert sich nicht- wie es wohl in keinem anderen Land der Fall ist- für den Klimaschutz. Eine einseitige Verschärfung des EU- Klimaziels lehnte der BDI jedoch klipp und klar ab." Auch der deutschen Industrie- und Handelskammertag (DHIK) ist dagegen: Brüssel müsse in der Klimapolitik verlässlich bleiben und „die Signale auf mehr Investitionen stellen, nicht auf höhere Kosten. Europa kann sich keine teuren Alleingänge leisten“, sagte Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben dieser Zeitung. Thorsten Herdan, Geschäftsführer beim Maschinenbau- Verband VDMA; sagte: „Wenn besonders energieintensive Branchen von negativen Folgen abgeschirmt werden, ist das 30- Prozent –Zeil durchaus wünschenswert.“ Die deutschen Maschinenbauer sind bei energiesparenden Techniken Weltmarktführer und könnten so in Europa ein gutes Geschäft machen. Bei BDI lässt das jedoch nicht gelten. Es werde der Eindruck erweckt, dass Klimaschutz infolge der Krise billiger geworden sei, sagte Schnappauf. „Das Gegenteil ist der Fall. In Zeiten, in denen ganze Branchen schwerer zu kämpfen haben denn je zuvor, gefährdet jede zusätzliche Belastung den Aufschwung.“ Auch der DHIK erwartet Nachteile für europäische Firmen. Das Vorsprechen Europas „schwächt lediglich die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, ohne die globale Klimapolitik voranzubringen“, sagte Winterleben.

Frankfurter Rundschau, 25.05.2010, Nr. 118, S. 12

---

## Klimawandel

### Bis 2050 nichts mehr zu fischen da. UNO warnt zu Konferenz- Auftakt in New York

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind bereits jetzt rund drei Viertel aller Fischbestände auf hoher See überfischt. Ausgehend von entsprechenden Zahlen der Un- Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) müsse damit gerechnet werden, dass bis zum Jahr 2050 die Fischerei weltweit komplett zusammenbrechen werde. Susan Lieberman von der Pew Environment Group warnte zum Auftakt einer einwöchigen Konferenz in New York: "Wir sprechen von der Zukunft der Ernährungssicherung auf unserem Planeten". Die Krise habe gewaltige Auswirkungen auf Entwicklungsländer und Gebiete an der Küste, erklärte sie am Montagabend. Fast die Hälfte der Weltbevölkerung oder bis zu drei Milliarden Menschen seien auf Fisch als wichtigste Eiweißquelle in ihrer Ernährung angewiesen. *Moratorium auf Flossen-Abschneiden:* Der Pazifikstaat Palau forderte auf der Konferenz ein internationales Moratorium auf das Abschneiden von Haiflossen. Jedes Jahr würden 73 Millionen Haie getötet, nur weil Leute ihre Flossen in der Suppe schwimmen sehen wollten, sagte der UN-Botschafter von Palau, Stuart Beck. "Das ist so unnötig und grausam wie das Töten von Elefanten, um aus ihren Stoßzähnen Verzierungen zu machen", sagte Beck. Nur ein gemeinsamer Aufschrei könne verhindern, "dass die Haie weltweit zum Vergnügen von Suppen-Liebhabern abgeschlachtet werden".

Der Standard, 25. 05. 2010, <http://derstandard.at/1271377401493/Bis-2050-ist-nichts-mehr-zum-Fischen-da>

## Klimawandel

### **Bis Artenvielfalt heute für morgen retten Zum Internationalen Tag der Biodiversität erklärt Cem Özdemir, Bundesvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Der bedrohliche Rückgang der Artenvielfalt auf unserem Planeten steckt in einer tiefen Wahrnehmungskrise. Nach fast zwei Jahren deutscher Präsidentschaft der Konvention zum Erhalt biologischer Vielfalt steht die Bundeskanzlerin mit leeren Händen da. Als es noch große Bühnen gab für den Erhalt der Ökosysteme hatte Merkel 500 Millionen Euro zugesagt, von denen bisher kein einziger geflossen ist. Deutschland hat so insbesondere gegenüber den Ländern des globalen Südens Glaubwürdigkeit eingebüßt. Der Erhalt unserer Ökosysteme ist eine harte Währung. Es geht um eine lebenswerte Erde für alle Menschen, aber auch um ökonomische Entwicklungsperspektiven und Prävention von Naturkatastrophen. In dem Film, The Age of Stupid werfen unsere Kinder uns im Jahr 2050 vor, ihre Zukunft leichtfertig verspielt zu haben. Der Moment, dies zu verhindern, ist spätestens jetzt. Wir Grüne sind uns mit der überwältigenden Mehrheit der Menschen in unserem Land einig, dass Umwelt- und Naturschutz Zukunftsinvestitionen sind und neben Bildung von der notwendigen Haushaltskonsolidierung ausgenommen werden müssen. Statt an dem Ast zu sägen, auf dem wir sitzen, müssen wir in dessen Wachstum investieren. Das sind wir unseren Kindern schuldig.“

Daily.Net, <http://www.dailynet.de/Politik/75862.php>

12. Mai 2010

---

## Unternehmen

### **Teure Tankstellen für Wasserstoffautos**

#### **Netz kostet 3 Milliarden Euro/ Konzerne wie Linde können profitieren.**

Brennstoffzellen Fahrzeuge mit Fahrzeugen die Wasserstoff tanken, könnten schneller als erwartet eine Alternative zu den im Fokus der Öffentlichkeit stehenden Batterie- Elektroautos werden. „Die Brennstoffzellentechnik ist auf dem Sprung zur Marktreife.“ Sagt Alexander Bracht von der Wirtschaftsförderungseinrichtung Hessen Agentur. Alleine in Hessen seien 50 Firmen in Wasserstoffsegmenten tätig. Wichtigste Vorteile der Brennstoffzellenautos gegenüber Elektrofahrzeuge sind die kürzere und weniger umständliche Betankung sowie die höhere Reichweite mit einer Tankfüllung: Prototypen wie der Opel Hydrogen 4 oder der Toyota FCHV haben in Praxisversuchen schon über 300 Kilometer ohne Tankstopp zurückgelegt. Ein profitables Geschäft mit der neuen Antriebskraft sei bis 2015 an für möglich. Opel arbeitet bis dahin an der Miniaturisierung der stromerzeugenden Brennstoffzelle für Wasserstoffautos. Sie soll nur noch halb so groß und halb so schwer sein wie ein konventioneller Verbrennungsmotor. Außerdem soll die neue Technik preiswerter sein, da weniger Edelmetalle eingesetzt werden. Brennstoffzellenautos gibt es derzeit nur für Pilotprojekte, nicht aber für den normalen Privatkunden. Vorteile des Antriebs ist- ebenso wie bei Elektroautos – die völlig Schadstofffreiheit im Betrieb. Anders als die Batterieladung von Elektroauto dauert der Halt an der Wasserstoff- Zapfsäule jedoch nur etwa so lang wie mit einem Erdgasauto, also nur wenig länger als bei einem Benzin- oder Dieselmotor.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung 31 Mai 2010, Nr. 122, S. 14,*